

Standortförderung und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Von Viola Amherd, Nationalrätin

Ob das Wallis tatsächlich als Randregion dasteht oder nicht, hängt davon ab, wie konkurrenzfähig es gegenüber den schweizerischen und den nahen europäischen Zentren ist. Der Nationalrat hat sich in der Herbstsession mit einigen auch für die Walliser Wirtschaft zukunftsweisenden Geschäften befasst. Gleich drei betrafen zentrale Rahmenbedingungen, welche für eine funktionierende Wirtschaft notwendig sind: Das Stromversorgungsgesetz, das Fernmeldegesetz und der zweite Teil der Bahnreform.

Strommarktöffnung in verdaubaren Portionen

Beim Elektrizitäts- und Stromversorgungsgesetz geht es einerseits um die Wahrung der Rolle der Schweiz als europäische Stromdrehscheibe Europas und andererseits um die Sicherstellung der Grundversorgung. Nachdem die europäische Entwicklung schon weit fortgeschritten ist und auch das Bundesgericht in der Schweiz faktisch den freien Zugang auf die Verteilnetzwerke gebracht hat, war das Kernstück der Debatte nicht das «Ob» sondern das «Wie» der Strommarktöffnung. Die sofortige Öffnung des freien Marktes für *alle* Kunden auf einmal würde aber für die kleineren Stromproduzenten erhebliche Probleme mit sich bringen. Viele dieser kleineren Energieversorgungsunternehmen, wie sie auch im Wallis zu finden sind, befinden sich noch immer zu einem erheblichen Teil in öffentlicher Hand. Einige von ihnen müssen zuerst «marktfähig» gemacht werden, sonst droht ihnen frühzeitig das Aus. Und damit wäre die Versorgung gerade in Regionen wie der unsrigen nicht mehr garantiert. Mit knapper Mehrheit beschloss der Rat deshalb richtigerweise eine Etappierung: Unternehmen können sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes ihren Stromlieferanten frei wählen, die Haushalte – die häufigsten Kunden der kleineren Versorgungsunternehmen – zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Parlament die gemachten Erfahrungen mit dem freien Markt dann als positiv betrachtet.

Abgeklemmter Telekom-Wettbewerb

Beim Fernmeldegesetz waren zwar nur mehr die Differenzen mit dem Ständerat bei den Hausanschlüssen des Telefonfestnetzes, der «der letzten Meile», zu bereinigen. Aber es sind die entscheidenden Fragen zur Verwirklichung des freien Marktes. Während der Ständerat die Chancen für den freien Wettbewerb wahren will, sieht die Mehrheit des Nationalrats die Grundversorgung in Gefahr, wenn Investitionen ausbleiben. Er hielt deshalb an der Übergangsfrist von zwei Jahren fest, während der die Swisscom-Kupferkabel für alternative Anbieter bis zur Erstellung eines eigenen Netzes offen sind. Doch in diesem engen Zeitkorsett ist kaum mit flächendeckenden Investitionen ausserhalb der Zentren zu rechnen. Regionen wie die Seitentäler des Wallis könnten nicht vom Markt profitieren und müssten Standortnachteile in Kauf nehmen. Hier liegt es nun am Ständerat, eine befriedigende Lösung zu finden.

Bahnreform: Ungleiche Belastung der Westschweiz

Die Bahnreform-Vorlage dagegen wies der Nationalrat direkt an den Bundesrat zurück. Mit der Vorlage hatte die Regierung vorgeschlagen, dass der Bund nur mehr für das so genannte Hauptnetz aufkommt. Die Kantone hätten das restliche «Ergänzungsnetz» selber zu tragen. Dagegen wehrten sich vor allem die Vertreter der Westschweizer Kantone, da diese einen hohen Anteil am Ergänzungsnetz aufweisen. Das gilt auch für das Unterwallis. Die Matterhorn-Gotthardbahn dagegen ist in nationalem Interesse und zählt damit zum Hauptnetz.

Gestutzter Spiess bei der Standortförderung

Die Optimierung der Rahmenbedingungen ist die eine Seite der Medaille, die Werbung für den Standort die andere. Ein wichtiges Instrument dazu ist das Programm „Standort: Schweiz“. Damit fördert der Bund zusammen mit den Kantonen die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in der Schweiz. Das Programm läuft in vier Monaten aus. Dennoch lehnte der Nationalrat eine Verlängerung aus finanziellen Gründen knapp ab. Damit laufen wir Gefahr, dass uns andere Staaten mit ihren aggressiveren Werbemethoden viele interessante Arbeitgeber und Steuerzahler wegschnappen. Die Schweiz muss auf eine effiziente und wirkungsvolle Art den Wirtschaftsstandort Schweiz präsentieren können. Gerade das Wallis wird in den nächsten Jahren dank der besseren Verkehrsanbindung einiges mehr zu bieten haben. Wir müssen dies aber bei potentiellen Investoren bekannt machen können. Das nächste Wort hat der Ständerat.